

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

13. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan

am Dienstag, dem 14.11.2017 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:45

Vorsitz

Stv. Michael Ruppert

CDU-Fraktion

AM Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
AM Dr. Hermann Meier
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Marion Klaus
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Elker

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Vertretung für Fr. Schumacher

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Friedhelm Reisewitz

Vertretung für Hr. Sattler

Verwaltung

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke
1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StOVR Doris Abel
StOVR Gerhard Titzer
VA Wolfgang Voos
StA Kerstin Winkelmann
Frau Linda Küll

Personalrat

Herr Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Nicole Kregel

Gäste

Stv. Robert Abel

Der Vorsitzende Michael Ruppert eröffnet um 17:00 Uhr die 13. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende **Stv. Ruppert** verweist auf die vorliegende Vorlage 51/003/2017, welche den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. Er schlägt vor, diese aufgrund der inhaltlichen Nähe zu TOP 8 als TOP 8.1 zu behandeln.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern

Weiterhin verweist er auf die vorliegenden Anträge der WLH-Fraktion vom 08.11.2017. Er schlägt vor, den Antrag auf eine zusätzliche Stelle im Bereich der Verkehrsüberwachung als TOP 3.1 zu behandeln.

Auch hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Den Antrag bezüglich der Aufzeichnung von Redebeiträgen in Ausschuss- und Ratssitzungen weist er aufgrund der nicht eingehaltenen Antragsfrist zur Sitzung des UA OPC zurück.

Stv. Lukat erläutert, dass die WLH-Fraktion diesen Antrag auch zur Behandlung im UA OPC gestellt habe, da auch die vorgesehene Konferenzanlage dort vorgestellt worden sei.

Der Vorsitzende **Stv. Ruppert** entgegnet, dass es bei der Vorstellung der Konferenzanlage eher um die Technik der Anlage selbst als um den generellen Inhalt des Themas ging.

Die Beratung des Antrages in der Sitzung des UA OPC wird abgelehnt. Die weitere Beratung des Antrages ist für die Haushaltsplanberatungen in der nächsten Sitzung des HFA am 28.11.2017 vorgesehen.

Öffentliche Sitzung

1./ Formalien

1.1. Eröffnung der Sitzung

/

1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

/

1.3. Feststellung der Anwesenheit

/

1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

/

1.5. Feststellung der Tagesordnung

/

2./ Personalkostenentwicklung der Stadt Haan 3. Quartal 2017 (Stand: 30.09.2017) Vorlage: 10/139/2017

Protokoll:

StOVR Titzer bezieht sich auf die vorgelegte Entwicklung der Personalkosten. Er verweist auf die Ziffern 512100 und 514100 (Versorgungsaufwendungen) und bittet darum, diese in Zukunft aus der Übersicht weglassen zu können, da diese Positionen nicht aktiv von der Verwaltung gesteuert werden können.

Beschluss:

Der Unterausschuss für Organisation, Personal und Controlling nimmt die Personalkostenentwicklung des Haushaltsjahres 2017 mit Stand 30. September 2017 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

3./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2018 **Vorlage: 10/135/2017**

Folgende Beschlüsse sind Teil des Stellenplans 2018 und wurden daher vor TOP 3. beraten:

TOP 3.1 bis einschl. TOP 9 sowie die nichtöffentlichen TOP 12. und 13.

Protokoll:

AM Dr. Meier verweist auf die im Stellenplan aufgeführte Zahl der Auszubildenden bei der Stadt Haan. Er möchte wissen, ob in diesem Bereich nicht noch mehr Auszubildende aufgenommen werden könnten und wenn ja, wie die Verwaltung dies bewerkstelligen könne.

StOVR Titzer führt aus, dass geplant sei im Jahr 2018 vier Auszubildende einzustellen. Dies sei bereits einer über dem Soll. Es sei schwierig für die Verwaltung hier die Abwägung zu treffen, wie viele Personen man über dem Soll ausbilden möchte, gerade auch vor dem Hintergrund die Auszubildenden, nach Bestehen der Abschlussprüfungen, auch als Beschäftigte der Stadt Haan zu übernehmen. Er unterstreicht jedoch auch, dass die Stadt Haan weiterhin mit gutem Beispiel voran gehen und dementsprechend auch weiterhin ausbilden solle, egal wie sich der zukünftige Bedarf an Personal gestalte.

Stv. Ruppert erläutert, dass es in anderen Städten auch Modelle des dualen Studiums z.B. bei Ingenieuren gäbe um so auch dem Fachkräftemangel zu begegnen.

StOVR Titzer bejaht dies und nennt den Kreis Neuss als Beispiel dafür, dass Bauingenieuren eine Ausbildung zu Beamten des ehemaligen gehobenen Dienstes angeboten würde, damit diese relativ schnell im Verwaltungsrecht und dem öffentlichen Baurecht Wissen vermittelt bekämen. Auch die klassische Ausbildung des ehemaligen gehobenen Dienstes sei ein duales Studium mit einem Abschluss als Bachelor. Bei einem solchen Modell werden die Auszubildenden / Studenten verbeamtet. Hier sei derzeit jedoch kein Bedarf bei der Stadt Haan. Vielmehr werde den Beschäftigten verstärkt der zweite Angestelltenlehrgang angeboten um so auch das bereits vorhandene Personal weiterentwickeln zu können.

Techn. Bgo. Alparslan führt ergänzend aus, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass sich angehende Ingenieure vor bzw. in der Ausbildung nicht über die Unterschiede zwischen dem Beamtenverhältnis und dem Angestelltenverhältnis bewusst seien. Er erwarte daher bei einem solchen Ausbildungsmodell keinen wirklichen Effekt.

Stv. Wetterau bittet darum, dem Rat eine Organisationsgliederung der Stadt als Organisationsplan zum Stellenplan vorzulegen.

StOVR Titzer erklärt, dass es bereits einen Verwaltungsgliederungsplan gäbe. Für die Aufstellung eines Geschäftsgliederungs- oder Aufgabengliederungsplanes fehle es jedoch an Personal, da dies sehr umfangreich und auch entsprechend nur mit hohem Aufwand zu erstellen sei. Dieser Plan sei permanent weiterzuführen und zu entwickeln.

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf verabschiedet.

Den unter 2.8 aufgeführten personalwirtschaftlichen Maßnahmen wird zugestimmt.

Der Rat stimmt der Flexibilisierung der Wiederbesetzung von Stellen im Bereich der Feuer- und Rettungswache Haan sowie der Kita Bollenberg nach Ziffer 2.8.6 dieser Vorlage zu.

Die Einrichtung von neuen Planstellen ist aufgrund des Ratsbeschlusses vom 12.05.2015 (TOP 9.2.2) weiterhin nur in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung des Rates zulässig.

Überstunden sind nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**3.1. Antrag der WLH-Fraktion vom 08.11.2017
/ hier: mehr Außendienst im Ordnungsamt**

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion vom 08.11.2017.

Bgm'in Dr. Warnecke erklärt, dass diesbezüglich noch keine Gespräche im Verwaltungsvorstand, insbesondere mit dem zuständigen Amtsleiter StORR Rennert geführt worden sein. Wenn es jedoch seitens des Rates gewollt ist, mehr Präsenz in Haan, gerade im Bereich der Verkehrsüberwachung, zu zeigen so werde sich die Verwaltung dem nicht entgegenstellen.

StOVR Titzer führt hierzu aus, dass eine Wahrnehmung der Aufgaben der Verkehrsüberwachung durch 450-Euro-Kräfte für die Verwaltung nicht in Frage käme. Da die Stadtverwaltung ein öffentlicher Arbeitgeber sei, sei es ihre Pflicht als Vorbild zu fungieren und sozialversicherungspflichtiges Personal einzustellen. Er schlägt daher vor, dem Vorschlag des Fachamtes zu folgen und den Gesamtstellenanteil von 1,0 auf zwei EG 6-Kräfte mit jeweils 0,5 Stellenanteilen zu verteilen.

Bgm'in Dr. Warnecke erinnert hierbei noch daran, auch an das sog. „Backoffice“ zu denken. Sobald mehr Fälle geahndet werden könnten, müssten diese schließlich auch durch den Innendienst bearbeitet werden. Sie gibt hier zu bedenken, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innendienstes derzeit bereits voll ausgelastet seien.

Techn. Bgo. Alparslan erläutert, dass es doch darum gehe, dass Autos nicht mehr in Parkverbotszonen abgestellt werden und keine rechtsfreien Räume entstehen, da viele Bürgerinnen und Bürger die Kontrollrouten des zuständigen Mitarbeiters bereits kennen würden.

AM Dr. Meier warnt davor einen voreiligen Beschluss zu fassen. Er weist darauf hin, dass man sich bewusst sein müsse, dass durch einen entsprechenden Beschluss eine zusätzliche Stelle geschaffen werde. Für eine fundierte Beschlussfassung fehle jedoch eine Vorlage bzw. ein Konzept der Verwaltung.

Stv. Wetterau entgegnet, dass der UA OPC doch lediglich eine Empfehlung an den HFA und Rat ausspreche. Er schlägt daher vor, diese nur unter Vorbehalt zu geben und die Verwaltung zu beauftragen eine Aufgaben- und Dienstplangestaltung zu diesem zusätzlichen Stellenanteil vorzulegen, sodass eine fundiertere Entscheidung möglich sei.

Beschluss:

Der Unterausschuss Organisation, Personal und Controlling empfiehlt dem Rat die Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 für den Bereich der Verkehrsüberwachung in der Stadt Haan.

Die Verwaltung wird beauftragt hierfür aufzuzeigen, wie sich die Aufgaben des zusätzlichen Stellenanteils, sowie die Eingliederung in die bestehende Gliederung des Ordnungsamtes der Stadt Haan gestalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

**4./ Einrichtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle im Produkt 110210
(Unterhaltung Abwasseranlage, Kanalkolonne)
Vorlage: 10/126/2017**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 (EG 6) in der Unterhaltung der Abwasseranlagen im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**5./ Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 in der Sachbearbeitung
Vergabestelle (Amt 60)
Vorlage: 10/127/2017**

Protokoll:

Techn. Bgo. Alparslan verweist auf die zunehmende Komplexität des Vergaberechtes und der damit verbundenen, steigenden Anforderungen an das Personal der Vergabestelle. Auch Gesetzesänderungen der letzten Jahre, welche zur Entlastung des Personals beitragen sollten, hätten nicht die erhoffte Wirkung gezeigt. Mit Ausblick auf die bereits bestehende und der erwarteten Zunahme der Komplexität des Vergaberechtes, plädiert er dafür, der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 0,5 in der Sachbearbeitung der Vergabestelle zuzustimmen, da dies mit dem derzeitigen Personal in Zukunft nicht mehr in der gewohnten Qualität zu leisten sei.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 in der Sachbearbeitung Vergabestelle (Amt 60) im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6./ Einrichtung einer Stelle „Baumkontrolle und Überwachung der Straßenaufbrüche“ im Stellenplan 2018
Vorlage: 10/128/2017

Protokoll:

StOVR Titzer führt aus, dass der kw-Vermerk im Stellenplan nicht, wie in der Vorlage genannt, an die Stelle 70/26 sondern an die Stelle 66/33 angebracht werden solle. Diese sei derzeit mit EG 6 dotiert, während die neue Stelle mit EG 8 dotiert werden würde. Dies läge daran, dass es sowohl einfache, als auch zertifizierte Baumkontrolleure gäbe. Für die genannte Stelle sei aufgabenbedingt jedoch ein/e zertifizierte/r Baumkontrolleur/in erforderlich. Diese/r müsse entsprechend auch höher bezahlt werden.

AM Dr. Meier fragt, ob es nicht möglich sei, die Baumkontrolle durch externe Unternehmen durchführen zu lassen.

Techn. Bgo. Alparslan erläutert, dass es durchaus möglich sei, die Baumkontrolle auch extern zu vergeben. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Überwachung der Straßenaufbrüche ebenfalls ein wichtiger Faktor sei, welcher jedoch nicht extern vergeben werden könne. Da die Überwachung der Straßenaufbrüche allein jedoch keine Vollzeitstelle rechtfertige, käme hier lediglich eine Halbtagsstelle in Betracht. Die Besetzung dieser sei jedoch sehr schwierig, weshalb die Verwaltung mit der Vorlage beide Bereiche miteinander verbinden wolle um so eine Vollzeitstelle rechtfertigen und entsprechend ausschreiben zu können.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung einer Stelle Baumkontrolle und Überwachung der Straßenaufbrüche (EG 8) im Stellenplan 2018 zu.

An der Stelle **66/33** soll ein KW-Vermerk angebracht werden, da die Stelle mit Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers nicht wiederbesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Haushalt / Stellenplan 2018
Einrichtung einer Stelle im Pflegekinderdienst in Vollzeit, EG S 14
Vorlage: 10/130/2017

Protokoll:

1. Bgo. Formella verweist auf die Anfrage der GAL-Fraktion vom 14.11.2017, welche den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. Weiterhin führt sie aus, dass es sich hier um Pflichtaufgaben handele, welche die Verwaltung wahrnehmen müsse. Sie erinnert daran, dass die Unterbringung in Pflegefamilien das einzig probate Mittel sei um Heimunterbringung zu vermeiden. Sie verweist darauf, dass alles was im Bereich der Pflegefamilien als Unterstützung, Koordinierung und Betreuung eingerichtet werden könne, im Bereich der stationären Unterbringung eingespart werden könne. Derzeit werde die Tätigkeit von der Amtsleiterin übernommen, welche dadurch einen Teil ihrer Leitungsaufgaben nicht wahrnehmen könne. Sie appelliert daher an die Ausschussmitglieder der Empfehlung der Verwaltung zu folgen und der Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Bereich des Pflegekinderdienstes zuzustimmen.

Stv. Sack stimmt dem zu. Er erinnert auch daran, dass mehr qualifizierte Pflegeeltern benötigt würden und diese auch entsprechend gut betreut und beraten werden müssen. Dies sei mit dem derzeitigen Personal leider nicht leistbar.

Stv. Lukat bittet die Verwaltung darum, eine Auflistung (Organigramm) zu erstellen, sodass die Verwaltung aufzeigt, wie die Aufgaben und Zuständigkeiten innerhalb des Amtes, bei Einrichtung der zusätzlichen Stelle im Pflegekinderdienst, verteilt würden.

1. Bgo. Formella nimmt die Bitte zur Kenntnis und verweist hierfür auf die nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses.

Stv. Stracke mahnt an, dass der UA OPC keine fundierte Entscheidung treffen könne, da eine fachliche Beratung im Jugendhilfeausschuss, aufgrund der Terminierung der Sitzungen, noch nicht stattgefunden habe. Er bittet darum dies bei der zukünftigen Terminierung der Fachausschusssitzungen zu berücksichtigen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils im Pflegekinderdienst (EG S14) im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**8./ Haushalt / Stellenplan 2018
Einrichtung einer weiteren Stelle in der städtischen
Kindertageseinrichtung in Vollzeit
Vorlage: 10/131/2017**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 in der städtischen Kindertageseinrichtung (Erzieher/-in, EG S8a) im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**8.1. Einrichtung einer Stelle in Teilzeit für den hauswirtschaftlichen Bereich in
/ der städtischen Kindertageseinrichtung
Vorlage: 51/003/2017**

Protokoll:

1. Bgo. Formella erläutert die Vorlage und deren Sachverhalt. Durch den Umzug der städtischen Kindertageseinrichtung sei aus einer zwei- nun eine vier-gruppige Einrichtung geworden. Der zusätzliche Stellenanteil werde daher benötigt um die Mittagsversorgung innerhalb der Einrichtung sicherzustellen.

Stv. Lukat verweist auf die Verpflegungspauschale und erfragt, ob die Mittagsversorgung hierdurch nicht gedeckt sei. Zumindest würde dies im OGS-Bereich so gehandhabt.

1. Bgo. Formella erklärt, dass dies aus rechtlicher Sicht im OGS-Bereich anders sei und daher nicht mit der Situation in einer Kindertageseinrichtung verglichen werden könne. Sie verweist darauf, dass die Vorlage hier lediglich als Einbringung zu verstehen sei, da ergänzende Informationen in der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses folgen würden, sodass eine fundierte Beschlussfassung durch den Rat möglich sei.

Beschluss:

Die Vorlage wird im Unterausschuss Organisation, Personal und Controlling nur als Einbringung verstanden, da die fachliche Diskussion hierüber im Jugendhilfeausschuss stattfindet. Eine Beschlussempfehlung an den Rat erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**9./ Einrichtung einer neuen Teilzeitstelle (20Std)
Aufgabengebiet OGS – Steuerung, Controlling, Verwaltung
Vorlage: 10/133/2017**

Protokoll:

1. Bgo. Formella verweist auf einen Hinweis der GPA, dass eine ungeprüfte Anweisung der Finanzbeträge bei den Personalaufwendungen ohne Prüfung der notwendigen Personalressourcen hinsichtlich Umfang / Stellenressource und Qualifikation / Eingruppierung im OGS-Bereich zukünftig nicht mehr vertretbar sei. Die derzeitige Personalsituation innerhalb des Amtes 40 ließe es nicht zu, die derzeitige Situation der Aufgabenwahrnehmung hinsichtlich des GPA-Berichtes zu verbessern, weshalb der zusätzliche Stellenanteil notwendig sei.

Stv. Sack verweist auf die derzeitige politische Diskussion, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung auch auf den Grundschulbereich auszuweiten. Sollte dies so eingeführt werden, sei die Stadt Haan mit der zusätzlichen Stelle zukünftig gut aufgestellt. Er bittet bei der Besetzung der Stelle auch darauf zu achten, dass der/die zukünftige Stelleninhaber/in gute Fachkenntnisse in diesem Bereich mitbringen solle, da dieser sehr anspruchsvoll sei.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 (EG 9c / A 10, Produkt 030710) im Stellenplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lukat bezieht sich auf die Anfrage der WLH-Fraktion bezüglich des sog. Bürgerhaushaltes. Ihr sei eine Antwort der Verwaltung zu dieser Sitzung zugesagt worden.

11./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Stracke bezieht sich auf einen alten Antrag der SPD-Fraktion aus 2005 zum Thema Bürgerhaushalt und bittet darum dieses Thema erneut auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des UA OPC in 2018 zu setzen.